

# Sozialdemokratische Perspektiven : Thesen zur Rolle eines Staates : wir brauchen eine bessere Politik

Autor(en): **Hablützel, Peter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **66 (1987)**

Heft 5

PDF erstellt am: **26.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-340482>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

● die Herabsetzung der Normalarbeitszeit, um die Arbeitsgelegenheiten trotz Rationalisierungswirkungen neuer Techniken zu sichern und um Wachstum umzulenken auf Zeit statt Geld.

● Aktive Ausgestaltung flexibler Arbeitsmöglichkeiten unter Sicherungen im Arbeitsrecht (kein KAPOVAZ, Mitsprache, Volumengarantie, anteilige Sozialsicherung, keine Sonntagsarbeit, keine Nachtschichten für Beschäftigte mit Familienpflichten, Zeitkompensation für Schichtarbeit).

● Breite Berufsbildung unter Annäherung der verschiedenen Oberstufenbildungszüge, formalisierte Weiter- und Wiedereinstiegsbildung für alle.

● Drittwirkung von Grundrechten.

● Eigene Mitgliederrekrutierung unter den neuen Dienstleistern der oberen Tertiärbranche (Kader der Informatikgesellschaft) und der unteren Etage (Reinigung, Verkauf, Freizeit-anlagenbeschäftigte – meist Fremdarbeiter der 2. Generation).

● Einsichtsrecht in informatisierte Prozesse und gespeicherte Inhalte für Bürger, Belegschaft, Interessierte, Datenschutz.

Da die Rettung der Umwelt dort einsetzen muss, wo die Bedrohung herkommt, muss einerseits durch Gebote und Verbote auf die Hersteller, andererseits durch Steuerung des Massenkonsums (Verkehr, Abfall, Energie, Raum) gehandelt werden.

● Gebote und Verbote an Hersteller wirken rasch auf die

Technikentwicklung, direkt auf die Handelnden und umgehen Rationalisierungen über Preis und Steuern, welche bei ungleicher Einkommensstreue ungerecht sind.

● Positive Impulse auf Technikentwicklung durch die Öffentlichkeit sollen die Verbots-politik ergänzen.

● Abgaben, Lenkungssteuern sollen einwirken, wo Einkommenseffekte zu vernachlässigen sind und wo allenfalls der Mindestverbrauch befreit wird.

● Es gibt kein neues Konsumverhalten ohne umweltgerechte Verbrauchs- und Arbeitsstrukturen: Wohnformen, -eigentum, Informatik statt Transporte, Arbeitszeitverkürzung, -flexibilisierung. Restriktive Einwanderungspolitik.

*Sozialdemokratische Perspektiven: Thesen zur Rolle eines Staates*

# Wir brauchen eine bessere Politik

*Von Peter Hablützel*

In der politischen Diskussion der Sozialdemokratie und der Linken überhaupt stellt die Rolle des Staates seit jeher einen zentralen Konfliktpunkt dar. Viele Flügelbildungen und Spaltungstendenzen haben in unterschiedlichen Einschätzungen der Staatsfunktion ihren Ursprung. Oft ergeben sich aber auch Missverständnisse, weil die Interpretation der Vergangenheit, die Analysen der Gegenwart und die Hoffnungen oder Befürchtungen für die Zukunft miteinander vermischt werden. Die folgenden Thesen möchten zur Klärung unseres Verhältnisses zum Staat beitragen.

1. Die Entwicklung vom autoritär-feudalen Ständestaat über den bürgerlich-demokratischen Rechtsstaat zum modernen Sozial- und Dienstleistungsstaat stellt unbestrittenermassen eine

historische Errungenschaft dar. Sie hat breiten Kreisen der Bevölkerung politische Mitsprache, mehr materielle Lebenschancen und soziale Sicherheit gebracht. Diese Errungenschaften müssen verteidigt und in mancher Hinsicht noch weiter ausgebaut werden, denn sie stellen die Voraussetzung für die individuelle Freiheit und den sozialen Ausgleich dar.

2. Die Arbeiterbewegung hat mit ihrer Doppelstrategie von Opposition und Integration viele Erfolge erreicht. Aber gerade ihre Erfolge haben sie von einer teilweise revolutionären Gegenmacht zu einem Ordnungs- und Legitimationsfaktor des (immer noch kapitalistischen) Systems werden lassen. Die politische Einbindung bis hin zur Regierungsbeteiligung auf allen staatlichen Ebenen ist dabei nur eine

Seite; mindestens so bedeutsam ist die «gesellschaftliche Konkordanz»: Das neokorporatistische Arrangement der Gewerkschaften mit den Arbeitgebern (Arbeitsfriede usw.), die Ausöhnung der Lohnabhängigen mit ihrem Status durch die «Segnungen» der Konsumgesellschaft, die Einebnung der Klassegegensätze und der Zerfall der Arbeiterkultur.

3. Der Einfluss der Arbeiterbewegung in politischen und sozialen Entscheidungsprozessen beruhte nicht nur auf ihrer aktiven und konstruktiven Mitarbeit in staatlichen und in sozialpartnerschaftlichen Gremien, sondern vor allem auf ihrer potentiellen Oppositionskraft. Seit den 70er Jahren spüren wir, dass unser Einfluss in diesen Gremien nachlässt. Weil wir die Kraft zur politischen, sozialen und kultu-

rellen Opposition durch unseren Integrationskurs grösstenteils verloren haben und im Zeichen neuer gesellschaftlicher Polarisierung in die Defensive geraten. Es geht darum, zu einer kraftvollen Doppelstrategie zurückzufinden: Die gleichzeitige Mitarbeit in (traditionellen) Institutionen und in (neuen) sozialen Bewegungen schliesst dabei nicht aus, sondern stellt die einzig mögliche Chance dar im Kampf um politische, soziale und kulturelle Hegemonie. Wir müssen «auf zwei Beinen gehen», um wieder mehr Einfluss und Durchsetzungsmacht zu gewinnen.

4. Ein breiteres Verständnis des «Politischen» über das staatliche Geschehen hinaus ist in der gegenwärtigen Umbruchphase dringend nötig. Da unser gesellschaftlicher Einfluss (auf Investitionsentscheide, Wissenschaft, Medien usw.) aber gering ist, bleibt der Staat – die Politik im engeren Sinne – ein zentrales Instrument unserer Strategie. Man darf dabei allerdings zwei Dinge nicht vergessen: Eine erfolgreiche staatliche Strategie erfordert Mehrheiten; Kompromissbereitschaft bei der Suche nach Partnern und in den Aushandlungsprozessen mit politischen Gegnern bildet also eine Voraussetzung. Und nicht jede Ausdehnung der Staatsquote und der Staatsfunktionen dient auch immer unseren Interessen; wir müssen dem Staat gegenüber kritisch bleiben, denn er ist auch (aber nicht nur) ein Instrument der herrschenden Klasse.

5. Gerade gegenüber dem quantitativen Ausbau von Staatsquote und Staatsfunktionen ist eine gesunde Skepsis durchaus am Platz. Dieser Ausbau stösst immer mehr an Grenzen (Steuerbelastung, Überreglementierung, Bürokratisierung, Bevormundung und Entfremdung des Bürgers und der Bürgerin), und er hat auch nicht das gebracht, was wir von ihm erhofften: Die we-

sentlichen Entscheidungen über die gesellschaftliche Entwicklung werden immer noch zu einem grossen Teil ausserhalb des politischen Systems getroffen. Der Staat hinkt den wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technischen Entwicklungen hinterher und ist zur teuren Reparaturschere des Modernisierungs-, Kommerzialisierungs- und Kapitalisierungsprozesses geworden, deren Regelung oft schon überholt sind, ehe sie in Kraft treten. Mehr oder weniger Staat ist nicht die relevante Frage. Was wir brauchen, ist eine bessere Politik.

6. Die wirtschaftlichen und technologischen Umwälzungen mit ihren ökologischen und sozialen Folgen haben zu Entsorgungsproblemen geführt, die uns als Sachzwänge entgegentreten, die politischen Gestaltungsmöglichkeiten auf ein reaktives Krisenmanagement einzuschränken und den Staat zu überfordern drohen. Was not tut, ist eine strategische Umorientierung der staatlichen Politik: Wir müssen versuchen, durch vernünftige Rahmenbedingungen, Gebote und Verbote falsche Entwicklungen zu verhindern, statt nachträglich aufwendige Reparaturarbeiten vorzunehmen. Eine zentrale Rolle kommt dabei dem Verursacherprinzip zu: Wo immer möglich und sozial vertretbar, sollten die

bisher externen Kosten, die der Allgemeinheit, der Natur und den künftigen Generationen überbürdet worden sind, durch das Setzen politischer Preise in die Marktprozesse internalisiert werden. Dann kann mehr Markt auch wirklich mehr Freiheit für alle bedeuten; dann wäre weniger Staat verantwortbar.

7. Wir brauchen einen flexiblen, effizienten und wirkungsvollen Staat, der eine politische Steuerung der gesellschaftlichen Entwicklung ermöglicht, ohne die individuelle Freiheit durch Überreglementierung zu ersticken. Der Staat ist zwar ein wichtiges, aber doch nur ein Ordnungssystem neben anderen (Markt, soziale Aushandlungssysteme, Selbstverwaltung usw.), mit denen er zusammenarbeiten muss. In einer komplexen, widersprüchlichen Welt braucht es eine mehrdimensionale Strategie. Wir müssen wieder lernen, unseren politischen Einfluss innerhalb und ausserhalb des Staates zur Geltung zu bringen.

Das kann zeitweise zu Widersprüchen und Flügelkämpfen führen, die es produktiv zu nutzen gilt. Der Kampf um politische Hegemonie muss auf allen Ebenen der Gesellschaft geführt werden; er erfordert Ausdauer, Geschick und Innovation auch (aber nicht nur) im staatlichen Bereich.

---

## Neun Thesen zur Technologiepolitik

*Von Karl Weber*

---

1. Die Technologien wirken sich aus auf

- die Sozialstruktur (Ablösung der Klassengesellschaft durch eine Schichtung gemäss Zugänglichkeit zu Informationen)

- den Arbeitsmarkt (z.B. Dequalifizierung)
- das Potential sozialer Risiken
- Inhalt und Organisation des Bildungswesens.